



## Newsletter

10.07.2023

**Liebe Chinainteressierte,**

Geopolitik bestimmt diesen Sommer 2023. Bei den vor zwei Wochen zu Ende gegangenen Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen gab Kanzler Scholz dem Wunsch des chinesischen Premierministers, keine Pressefragen zuzulassen nach-das gab es bisher noch nie. Die deutsche Umweltorganisation Germanwatch und auch die Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik Jennifer Morgan erklären indessen das Treffen zu **einem beachtlichen Erfolg der deutschen Klimadiplomatie**. „Wir haben geschafft, dass China gesagt hat: Wir sind bereit, mehr zu machen, mehr Ambitionen zu schaffen, eine Beschleunigung unserer Energiewende“. Vereinbart wurden die Einrichtung eines Klima- und Transformationsdialogs, ein deutsch-chinesisches Umweltforum auf Ebene der Ministerinnen und Minister Anfang November und ein deutsch-chinesisches Memorandum of Understanding zu Elektro- und Wasserstoffmobilität für bessere einheitliche Standardisierung.

Unser Newsletter schaut genau hin: Er diskutiert die Expansion von Gas und Kohle, die Expansion von großen Wasserkraftwerken (statt kleinen). Wir zeigen die vielen Widersprüche auf, die Auflagen zu mehr Nachhaltigkeit (CO2-Tracker) und die Verschärfung des Spionagegesetzes, welches keine unabhängigen Überprüfungsmechanismen mehr zulässt.

Und: Wir berichten über unsere Schulungen zu chinesischem Finanzsystem sowie über unseren Besuch bei den Anteilseignern der AIIB in Rom. Und stellen unseren neuen Mitarbeiter für AIIB/ADB vor.

Damit ihr euch selbst ein Bild machen könnt.

Nora Sauerbühl

Jffentschel

Eure/Ihre Nora und Judith

Themen im Newsletter:

Außenpolitik

Fossile Energien und Wasserkraft

China Inland

Wirtschaft und Finanzen

## Außenpolitik

### China als internationaler Vermittler

Zum ersten Mal seit sieben Jahren schütteln sich Vertreter der Regierungen [Saudi-Arabiens und des Irans](#) die Hände, in der Mitte Chinas Chefdiplomat Wang Yi. Die diplomatischen Bemühungen Chinas haben verschiedene Gründe. Zum einen, für ein Image als Friedensstifter und um gegenüber den USA an [globalem Einfluss](#) zu gewinnen. Zum anderen aus wirtschaftlichen Interessen, um in relevanten Regionen für Stabilität zu sorgen. So auch im Nahen Osten, wo einige der weltweit wichtigsten Flug- und Schifffahrtsrouten verlaufen und sich ein erheblicher Teil der Öl- und Gasreserven befindet. Sich als Vermittler zu etablieren, ist ebenfalls Teil der Anwendung der ersten chinesischen Globalen Sicherheitsinitiative (GSI). Jedoch bleibt Chinas Vermittlerrolle vorerst begrenzt und ist in den meisten Fällen nicht entscheidend. Bei den Verhandlungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien schaltete sich Beijing erst ganz zum Schluss in den Prozess ein, als klar war, dass eine Einigung möglich war.

### Lulas Friedensclub versus Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)

Chinas Bemühungen, [Brasilien](#) in Hinsicht auf den russischen Angriffskrieg für sich zu gewinnen, laufen nicht wie geplant. China lehnt ab, Lulas „Friedensclub“ von unabhängigen Ländern, die im Ukraine-Krieg vermitteln sollen, beizutreten. Gespräche um einen möglichen Beitritt Brasiliens in die Belt and Road-Initiative scheiterten ebenfalls. Stattdessen formierte sich im indischen Goa am 4. Mai eine Gegenallianz. Ein SOZ-Treffen hatte es in Indien zuvor nicht gegeben. Auf dem Außenminister\*innentreffen der SOZ begrüßten Indien und andere SOZ-Staaten wie Kasachstan, Kirgisien, Pakistan, Tadschikistan, Usbekistan und China den russischen Außenminister Lawrow mit offenen Armen. Iran und Belarus bewerben sich um Mitgliedschaft in der SOZ.

### Die zwei Wirtschaftsgipfel G7 und C+C5

Zeitgleich zum G7-Gipfel in Japan fand im Mai der [China-Zentralasien-Gipfel](#) statt, zu dem China die Außenminister aus Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan geladen hatte. Die fünf Länder gelten als wichtigste regionale Verbündete Beijings in der Belt and Road-Initiative. Während die zentralasiatische Region eine [Politik des „Derisking“](#) fahren möchte, plant Beijing sie enger an sich binden. [30% des Gasimpertes](#) Chinas stammt aus dieser Region. Das auch C+C5 genannte

Treffen (China + 5 zentralasiatische Staaten) knüpft an den Nukleus der heutigen „chinesischen WTO“, der Shanghai Cooperation Organization (SCO), an, die aus der 1996 gegründeten „Shanghai Five“ (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, China und Russland) entstand. Beijing und die G7 buhlen um die Energiereserven Zentralasiens. Die Industriestaaten auf dem [G7-Gipfel](#) verabschiedeten ein Bekenntnis, den [Globalen Süden einzubinden](#) und gegen Einflussnahme Chinas vorzugehen. Darüber hinaus wurde die Zusage von 600 Milliarden US-Dollar für die „Partnership for Global Infrastructure Investment“ (PGII), ein Gegenentwurf zur Belt and Road-Initiative, bestätigt. Die [Hälfte des Kapitals](#) wird über den europäischen Teil der Initiative, der „Global Gateway Initiative“ (GGI), bereitgestellt.

## Zivilgesellschaft auf dem G7

Der japanische Premierminister Fumio Kishida lud die Staats- und Regierungschefs der Komoren, Indiens, Indonesiens, Vietnams und Brasiliens zum G7-Gipfel ein. Doch dieser Vorstoß kam nicht überall gut an. Mehrere [Organisationen der Zivilgesellschaft](#) aus Bangladesch, Indonesien, Japan und den Philippinen kritisieren Japan, das als einer der größten Financier fossiler Energien gilt, sowie Bundeskanzler Scholz, der auf Gas als Brückenenergie besteht. Besonders der japanische „Energy and Power Master Plan“ (IEPMP) für Bangladesch, bei dessen Entwicklung keine Expert\*innen aus Bangladesch involviert waren, steht unter Beschuss. Laut Hasan Mehedi, Geschäftsführer des [Coastal Livelihood and Environmental Action Networks](#) (CLEAN), dient der IEPMP lediglich japanischen Interessen und stehe im direkten Kontrast zu Bangladeschs „Mujib Climate Prosperity Plan“ (MCCP), dessen Ziel es ist bis 2050 100% erneuerbare Energien zu verwenden. Der IEPMP sieht vor, 30% der Energie aus Kohle und LNG zu erzeugen, statt die günstigeren Wind- und Solarenergien auszubauen.

## Skandal bei deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen

Erstmals fanden unter Leitung von Bundeskanzler Olaf Scholz deutsch-chinesische Regierungskonsultationen in Berlin statt. Der EU-Abgeordnete Reinhard Bütikofer bezeichnete die Gespräche als „Schmuseveranstaltung“. Der tatsächliche Skandal: Pressefragen waren nicht zugelassen. Scholz betonte dagegen, dass die Wirtschaftskooperation trotz unterschiedlicher Wertesysteme fortgeführt und ausgebaut werden solle. Die seit Monaten erwartete Chinastrategie wird wohl ein Land belohnen, welches sich bezüglich [Pressefreiheit auf Platz 179](#) von 180 befindet, und die Weichen für weitere Wirtschaftsaufträge stellen. Die Umsetzung des Lieferkettengesetzes wird gerade durch das ab Juli in Kraft tretende chinesische Anti-Spionagegesetz (s.u.) schwierig umzusetzen sein, da es kaum noch möglich sein wird, notwendige Informationen und Daten einzuholen.

### ZAHL DES MONATS

## Platz 1

belegt China bei der Inhaftierung von Journalist\*innen und den vorletzten in der Rangliste der Pressefreiheit.

---

# Fossile Energien und Wasserkraft



Himalaya-Region

## **Weltweiter Ausbau von Wasserkraft - trotz Umwelt- und Menschenrechtsbedenken**

Trotz zahlreicher Studien (zusammengestellt [hier](#), Fußnote 1), die belegen, dass große Staudämme keine nachhaltige Energiequelle darstellen, investieren Firmen weiter in diesen Bereich. China ist hier führend. In der [Himalaya-Region](#) sind etwa 100 Wasserkraftwerke in Betrieb und weitere 650 sind geplant. Sollten alle Projekte fertiggestellt werden, wird es die Region mit der höchsten Staudammdichte der Welt sein. Der Druck der Stauseen erhöht das Risiko von Erdbeben. Auch Indien plant in der politisch umstrittenen Region Arunachal Pradesh nicht weniger als [sechs große Wasserkraftwerke](#). Arunachal Pradesh ist ein wichtiger ökologischer Hotspot. Die dort beheimateten indigenen Idu Mishmi sehen ihre Lebensgrundlage bedroht, denn die Dämme werden zu einem dauerhaften Verlust von Land und Fischgründen führen. Trotz lokalem Protest haben die Arbeiten an den Mega-Staudammprojekten wie dem 2.880-MW-Staudamm Dibang bereits begonnen. China und Indien streiten über den Status von Arunachal Pradesh, daher führt die indische Regierung auch politische Gründe für den Bau an. Die neuen Dämme seien notwendig, weil China durch seine Kontrolle über die flussaufwärts gelegenen Dämme einen "Wasserkrieg" auslösen könnte.



Staudamm (c) Madhuka Mihiranga

## Widerstand gegen große Wasserkraftwerke

Widerstand gibt es bei dem von China unterstützten Bau von Staudämmen in [Indonesien](#). Das Kayan Cascade-Projekt besteht aus fünf Staudämmen und wird von den Unternehmen Kayan Hydro Energy (KHE) und PowerChina entwickelt. Entschädigungen der indigenen Bevölkerung im umliegenden Peso-Distrikt stehen im Zentrum des Konfliktes, sie sollen in ein noch zu bauendes Wohngebiet umgesiedelt werden. Weitere Gründe sind der Verlust von Waldfeuchtgebieten und Artenvielfalt, Landwirtschaft und Fischerei. Erfolgreichen Widerstand gab es in Chile: Im April musste [Rucalhue Energía Spa](#), ein Unternehmen im Besitz von China International Water & Electric, einer Tochtergesellschaft der multinationalen China Three Gorges Corporation, einen Rückschlag hinnehmen. Das Unternehmen wollte durchsetzen, einen geplanten Staudamm als „nationales Interesse“ einzustufen. Die Organisation Corporación Nacional Forestal (CONAF) sprach sich dagegen aus und argumentierte, dass der geplante Staudamm den Fluss Biobío verschmutzen und die Abholzung gefährdeter Baumarten verursachen wird. Das Berufungsgericht von Santiago bekräftigte CONAFs Argumente. Ein großer Erfolg für die lokale Bevölkerung, die ihre Regierung bereits mehrfach aufgefordert hatte, sich gegen den Staudamm und für die Natur und die lokalen Gemeinschaften einzusetzen.



Gas Pipeline (c) verve231 Getty Images

## Expansion von Gas...

Zentralasien gilt für China als wichtige Sicherung der Energieversorgung. Um Gas aus Turkmenistan zu beziehen, beschleunigt China den Bau der lang verzögerten [zentralasiatischen Pipeline](#). Gleichzeitig will Russland seine zweite Sibirien-Pipeline mit China vorantreiben, um den schrumpfenden Absatz in Europa auszugleichen. China wird möglicherweise beide Abkommen abschließen, um seinen massiven Gasbedarf zu decken, gibt aber Turkmenistan den Vorzug. Bereits 2028 könnte Gas über die Line-D-Pipeline fließen, während eine neue russische Leitung Anfang der 2030er Jahre in Betrieb gehen könnte. Auch in Katar fördert [Sinopec](#) mit einem [Anteil von 1,25 %](#) die Erweiterung des North Field East, dem weltweit größten sich in der Entwicklung befindlichen LNG-Projekt. QatarEnergy wird Hauptanteilseigner, auch Total, Eni, ConocoPhillips, Exxon Mobil und Shell sind beteiligt.

## ...und Kohle

Trotz Kohleaustiegsversprechen vor den Vereinten Nationen investiert China weiter in Kohle. Die Ausweitung des Kohlebergbaus sowie der Bau eines Kohlekraftwerkes in Pakistan wurde am 15. Mai in einer [Absichtserklärung](#) von Oracle Power PLC (AIM: ORCP) unterzeichnet. Der Bau des 1,32-GW-Thar-Kohlekraftwerkes in der Sindh Provinz sowie der Bergbau werden erneut Umsiedlung und Landnahmen mit sich bringen. In der Absichtserklärung wird davon gesprochen, dass das ursprüngliche Thar-Projekt Teil des „China Pakistan Economic Corridor“ (CPEC) aus 2014 sei. Die [pakistanische Regierung](#) hat außerdem entschieden, das von chinesischen Staatsunternehmen finanzierte Gwadar-Kohleprojekt voranzutreiben. Dieses war 2016 zu einem „Fast-Track-Projekt“ erklärt worden, lag seither aber auf Eis. Die chinesischen Partner befürworten nun eine Wiederbelebung des 300-Megawatt-Kraftwerkes Gwadar auf der Grundlage von Importkohle ([urgewald berichtete](#)). Falls das Kraftwerk 2025 fertiggestellt wird, wäre dies ein schwerer Rückschlag für Pakistans [Klimaversprechen](#) bis 2030 60% der Energie aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen.

# China Inland

## China plant Verschärfung von Anti-Spionage-Gesetz

Zum 1. Juli hat China sein bereits 2014 in Kraft getretenes [Anti-Spionage-Gesetz](#) verschärft. Demnach soll die Weitergabe von „[kritischen Informationen](#)“, die nationale Interessen oder Sicherheit betreffen, strafbar gemacht werden. Unter diesen vagen Begriffen kann praktisch alles fallen: Dokumente, Daten, Materialien, Gegenstände, selbst Chatnachrichten. Ausländische Unternehmen, NGOs und Journalist\*innen müssen nun mit Durchsuchungen von Eigentum, elektronischen Geräten und Büros in China rechnen. Chinesischen Staatsbürger\*innen kann die Ausreise verboten werden und es drohen [lebenslange Haftstrafen](#). Die Reform zielt darauf ab, Recherchen und die Weitergabe von Informationen zu unterbinden, die dem chinesischen Image schaden könnten. Auch die Einhaltung von Sorgfaltspflichten in Lieferketten wird so erheblich erschwert, da bereits das Sammeln von Informationen über Arbeitsbedingungen als eine Form der Spionage betrachtet werden kann. Das neue Gesetz setzt so in die Tat um, was Präsident Xi Jinping bereits 2013 verkündete: er wolle „[Chinas Geschichte gut erzählen](#)“. Dies ist nur die neueste Entwicklung in einem langen Prozess.

## Zwei Bürgerrechtler in China verurteilt

Ein [chinesisches Gericht](#) warf dem Rechtswissenschaftler Xu Zhiyong und dem Anwalt Ding Jiayi „Untergrabung der Staatsgewalt“ vor und verurteilte die Männer zu 14 beziehungsweise zwölf Jahren Haft. Der Vorwurf geht zurück auf ein [informelles Treffen](#) von Aktivist\*innen, das die beiden 2019 in der südlichen Küstenstadt Xiamen organisiert hatten. Der Prozess, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, löste internationalen Protest bei Menschenrechtler\*innen aus. Yaqui Wang von Human Rights Watch forderte Regierungen auf, sich für die Freilassung der beiden Anwälte einzusetzen.



*„Mit Bestürzung haben wir die Verurteilung des Menschenrechtsverteidigers Xu Zhiyong und des Juristen Ding Jiayi zu 14 bzw. 12 Jahren Gefängnis zur Kenntnis genommen, ebenso wie die Festnahme des Anwalts und Trägers des Deutsch-Französischen Preises für Menschenrechte Yu Wensheng und seine*

# *Ehefrau Xu Yan. Wir fordern ihre umgehende Freilassung und ein Ende der Repressalien gegen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger. "*

Sprecher des Auswärtigen Amtes und des französischen Außenministeriums am  
20.4.2023

## **Nachhaltigkeit: Auflagen für mehr Transparenz und neuer CO2-Tracker-Mechanismus**

Ab 2024 werden in Hongkong die **Auflagen** zur Offenlegung von ESG-Daten (Umwelt, Soziales und Unternehmensführung) für in Hongkong gelistete Unternehmen verschärft. Dies könnte den Druck auf chinesische Unternehmen erhöhen, ihre Nachhaltigkeitsberichterstattung zu verbessern. Unternehmen sollen dazu verpflichtet werden, Klimakennzahlen in Übereinstimmung mit dem International Sustainability Standards Board (ISSB) auszuweisen, um höhere ESG-Standards im gesamten chinesischen Raum zu erreichen. Dies beinhaltet Daten über Treibhausgasemissionen und interne CO2-Preise. Ausgelöst durch den 2022 in Kraft getretenen „Carbon Border Adjustment Mechanism“ (CBAM, CO2-Grenzausgleichssystem) der EU, arbeitet China auch an einem System zur **Verfolgung des CO2-Fußabdrucks** über den gesamten Lebenszyklus und würde somit noch einen Schritt weiter als die EU gehen. Der CBAM wird in seiner Anfangsphase Importeure dazu drängen, den CO2-Ausstoß lediglich während des Produktionsprozesses zu messen. Der chinesische Mechanismus misst den CO2-Fußabdruck von Produkten für den gesamten Lebenszyklus: Produktion, Verbrauch und Nachnutzung.

---

## **Wirtschaft und Finanzen**

### **Rohstoffe, Lieferketten und Regelungen zur Mediation für den Bergbau**

Laut einer **Umfrage** der Hamburger Stiftung für Wirtschaftstechnik sehen viele Unternehmen vor allem in China **erhebliche Probleme** in der Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. Die Einhaltung von Menschenrechten in einem autoritären Land sei kaum möglich, da wenig Einfluss darauf zu nehmen sei. Rund ein Viertel der befragten Unternehmen erwägen, sich komplett aus China zurückzuziehen. Demgegenüber veröffentlichte die Chinesische Handelskammer der Importeure und Exporteure von Metallen, Mineralien und Chemikalien (CCCMC) im Mai einen sektorweiten **Vermittlungs- und Konsultationsmechanismus**. Es gelte, die Risiken in der Mineralienlieferkette zu mindern. Die CCCMC verspricht, mit dem neuen Mechanismus für mehr Transparenz und Recht in der chinesischen Bergbauindustrie zu sorgen. Der Bedarf an Mineralien steigt weltweit, nicht zuletzt aufgrund zunehmender E-Mobilität. Die meisten **chinesischen Investitionen** fließen in der EU in den Batteriesektor. Greenfield-Investitionen für Elektroautos nach u.a. Deutschland, Großbritannien, Frankreich und

## Kofinanzierung und neue Finanzkraken

**Kofinanzierungen** nehmen im Bereich der Entwicklungsfinanzierung stark zu. Bei diesem Prozess sind eine Vielzahl von Geldgeber\*innen für Entwicklungsprojekte involviert, staatliche Stellen, Entwicklungsbanken und private Akteur\*innen. Die Zusammenarbeit zwischen Finanzinstituten macht es der Zivilgesellschaft sehr schwer, Rechenschaftspflichten einzufordern. Das

**Multilateral Cooperation Center for Development Finance (MCDF)** ist mittlerweile die größte Finanzkrake der Welt und umfasst fast alle Entwicklungsbanken. Ihr Sekretariat ist in der von China initiierten Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank angesiedelt. Der MCDF hat in seinem ersten Newsletter im Juni angekündigt, dass eine Task Force für naturbezogene finanzielle Informationen erstellt wird, die frei zugänglich und Informationen über CO2-Emissionen und Transitionspläne enthalten soll. Ein eklatanter Gegensatz zu den Informationsbeschränkungen des Spionagegesetzes. Eine **neue Studie** des Boston University Global Development Policy Centers zeigt dagegen, dass mithilfe von Kofinanzierung **Finanzierungslücken** im Globalen Süden leichter geschlossen und gleichzeitig die Sozial- und Umweltbilanz verbessert werden.

## Neue Entwicklungen im chinesischen Finanzsektor

Wie **urgewald erklärt**, waren die bisherigen Hauptregulatoren in China die Zentralbank und die China Banking and Insurance Regulatory Commission (CBIRC). Beide hoben sich durch innovative Konzepte für mehr Transparenz und Umweltrisikobegrenzung hervor. Die neue Finanzaufsichtsbehörde **ersetzt** die bisherige CBIRC und erhebt sich zum „super-regulator“. Die Zentralbank bleibt zwar noch bestehen, ihr werden aber regulatorische Hoheiten entzogen. Die neue nationale Finanzaufsichtsbehörde State Administration for Financial Regulation (SAFR) (国家金融监督管理总局) hat einen **Haushaltsplan** zugeteilt bekommen, dessen Gesamtbudget für 2023 10,63 Milliarden Yuan (1,54 Milliarden US-Dollar) umfasst. Zum Vergleich: Der Haushaltsplan 2023 der USA umfasst **1,7 Billionen US-Dollar**. Die neue Finanzaufsichtsbehörde wird die Aufsicht über die gesamte Finanzindustrie mit Ausnahme des Wertpapiersektors übernehmen. Beijing will so die Verschuldung der lokalen Regierungen stärker in den Griff bekommen und die Korruptionsbekämpfung auf den Finanzsektor ausdehnen. Anfang Mai wurde **Li Yunze** zum Chef der neuen Finanzaufsichtsbehörde ernannt. Li ist ehemaliger Vizepräsident der Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) und verbrachte mehr als zwei Jahrzehnte in Chinas staatlichem Bankensystem.

## Globale Schuldenfrage - China als letzter Ausweg?

Die **Polykrise** führt in immer mehr Ländern zu Zahlungsunfähigkeit. In Sri Lanka ist die Armutsrate auf 25% gestiegen. Bereits jetzt sind 136 von 152 Staaten im Globalen Süden kritisch verschuldet. Das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) genehmigte eine 48-monatige verlängerte Vereinbarung im Rahmen der Erweiterten Fondsfazilität (EFF) in Höhe rund 3 Milliarden US-Dollar zur „Unterstützung der Wirtschaftspolitik und der Reformen in Sri Lanka“. Am Rande des G7-Gipfels im Mai traf sich ein Komitee aus 17 öffentlichen bilateralen Gläubigern in Japan zu einer Schuldenregelung für Sri Lanka. Das Land ist nicht Teil des Common Framework, hat jedoch bereits letztes Jahr seine drei wichtigsten Gläubiger China, Japan und Indien um die Bildung eines Gläubigerkomitees gebeten, die am **9. Mai verkündet** wurde. China hat nur als Beobachter teilgenommen, vermutlich um keinen Präzedenzfall außerhalb des Common Framework zu schaffen. Ergebnisse sind nicht bekannt. Für Länder, die Teil der Belt and Road-Initiative sind, hat China ein **neues globales System** für die Vergabe von Rettungskrediten eingeführt. Eine **Untersuchung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft** hat

ergeben, dass Chinas Rettungsdarlehen im Ausland mehr als 20% der gesamten IWF-Kreditvergabe in den letzten zehn Jahren entsprechen. Chinas Darlehen unterscheiden sich von denen etablierter internationaler Kreditgeber dadurch, dass sie undurchsichtig sind und relativ hohe Zinssätze aufweisen. Die Darlehen stützen sich hauptsächlich auf das Swap-Line-Netzwerk der People's Bank of China (PBOC), eine Vereinbarung zwischen Zentralbanken über den Austausch der Währungen untereinander, und Liquiditätshilfen durch Kredite und Einlagen von chinesischen Staatsbanken und Rohstoffunternehmen. China weist die [Vorwürfe der Intransparenz](#) von sich. Eine Studie der China Afrika Research Initiative hat Chinas überraschende Beteiligung an der Initiative zur Schuldenaussetzung (DSSI) der G20 im Rahmen der Corona-Pandemie analysiert. Die Studie zieht eine insgesamt positive Bilanz der Beteiligung Chinas und stellt fest, dass China, der weltweit größte bilaterale Gläubiger, seine Rolle als Akteur der G20 bei der Umsetzung der DSSI unter den schwierigen Umständen der Pandemie relativ gut erfüllt hat.

## In eigener Sache

- **Who is Who No. 3 – Chinese Commercial Banks: An NGO Guide:** Ab sofort zum [Download](#): Die sogenannten kommerziellen Banken Chinas sind die größten Investoren weltweit - unter ihnen ist die mächtigste Bank der Welt hinsichtlich ihres Kapitalvermögens, die ICBC. Organisationen der Zivilgesellschaft auf der ganzen Welt werden sich immer mehr über die Rolle dieser Banken bewusst. Dieser Guide ist ein Werkzeug für die Zivilgesellschaft, das System zu verstehen. Er liefert einen Überblick über die jüngsten und künftigen Entwicklungen in der chinesischen Klima- und Energiepolitik sowie über die neuesten Nachhaltigkeitsanforderungen an den Geschäftsbankensektor. Der Bericht bietet auch einige Ansatzpunkte für Organisationen, die mit chinesischen Geschäftsbanken in Kontakt treten wollen. Erst kürzlich hat die Nationale Reform und Entwicklungskommission Chinas (NDRC) zur öffentlichen [Kommentierung des Green Industry Guidance Catalog](#) aufgerufen, in unserem Guide beschrieben als ein zentraler Baustein für die Entwicklung von Nachhaltigkeitskriterien für Investitionen.
- **16. Juni: Pressemitteilung zur Flucht des kanadischen Direktors für globale Kommunikation in der AIIB:** Der plötzliche Rücktritt Bob Pickards war ein politisches Erdbeben. Die auf Twitter bekannt gemachte Kündigung des Kommunikationschefs der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) beinhaltet den Vorwurf, die Bank sei von der Kommunistischen Partei unterwandert. Details gibt es in der [Pressemitteilung](#) von urgewald.
- **Kommentar zur AIIB-Energiestrategie:** Die überarbeitete Energiestrategie der AIIB priorisiert nicht-nachhaltige Energiesysteme. Die Bundesregierung, die sich an der Bank beteiligt, muss eine Klimastrategie in der AIIB auf den Weg bringen. Das Briefing ist [hier](#) nachzulesen.
- **Kommentar zum geleakten Papier zur China-Strategie der Bundesregierung:** urgewald ordnet das geleakte Papier [hier](#) unter dem Aspekt von Menschenrechten und Klimaschutz kritisch ein.
- **Vorstellung unseres neuen Mitarbeiters und Bericht über das AIIB-Treffen in Rom:** Seit dem 1. Juni 2023 unterstützt uns Björn Szesni bei Kampagnen zu multilateralen Finanzinstitutionen. Björn bringt Expertise im Bereich Klimagerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Internationale Beziehungen mit und hat bereits für andere NGOs, die AHK und das Generalkonsulat Frankreichs in Wuhan gearbeitet. Björn hat Nora Sausmikat zum Austauschtreffen mit dem europäischen Exekutivdirektorium der AIIB mit

urgewald und Partnerorganisationen in Rom am 7. und 8. Juni 2023 begleitet. Trotz der vielfältig geäußerten Kritik zu aktuellen fossilen Projekten und der Vorlage von Nachweisen von nicht eingehaltenen Rechts-, Sozial- und Umweltstandards sowie unseren Befürchtungen zum Machtzuwachs des Präsidenten der Bank durch das Accountability Framework der AIIB und der Ausrichtung der Investitionen an das Pariser Klimaabkommen wurden wir leider nur sehr unverbindlich vertröstet. urgewald hat die Energiestrategie der AIIB [hier](#) kritisch eingeordnet.



Im Gespräch mit den beiden Eurozonen-Stimmrechtsgruppen der AIIB in Rom im Juni '23



## Spenden

Wir haben in Fonds von Deka Investment Rüstungsschmieden und Klimakiller-Konzerne wie Rheinmetall, Northrop Grumman, Uniper oder RWE gefunden. Fordern Sie gemeinsam mit uns: Deka Investment, keine Investitionen in Rüstung und Kohle!

## Tipps am Rande

### Schuldenbericht: Wer schuldet wem was?

Seit Mai steht ein Zusatzprodukt zum diesjährigen Schuldenreport von erlassjahr.de online: Die Gläubigertabelle dröseln für jedes Schuldnerland einzeln auf: a) wie groß der Anteil der verschiedenen Gläubigergruppen (Private/Multis/Bilaterale) ist; b) wer der wichtigste bilaterale Gläubiger ist; und c) besonders relevant: welche Staatengruppe in der Hauptverantwortung steht, eine schnelle Lösung der Schuldenkrise zu ermöglichen.

### Podcast: Deutschlandfunk Kultur

Frauen in China – nach oben kommen sie nur in der Wirtschaft.

### Podcast: MERICS, Die Fragmentierung des Internets

China möchte eine Version des Internets erschaffen, die der zentralen Kontrolle des Einparteiensystems und der nationalen Souveränität besser gerecht wird. Dies würde zu einer Fragmentierung – einer Aufsplitterung – des Internets führen, bei der mehrere Netzwerke nebeneinander existieren würden.

### Video: Spiegel, Spannungen zwischen China und Taiwan

urgewald e.V.  
Nora Sausmikat  
Von-Galen-Str. 4  
48336 Sassenberg  
Deutschland

chinadesk@urgewald.org  
<https://www.urgewald.org/>

Wenn Sie diese E-Mail (an: [unknown@noemail.com](mailto:unknown@noemail.com)) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.